

Rede zum Haushaltsplan 2023 der Stadt Wangen

Gemeinderatssitzung am 16.01.2023

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Lang,
sehr geehrte Frau Winder,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren

Ein schwieriges Jahr liegt hinter uns, 2023 wird sicherlich nicht einfacher!

Unserer Kämmerei ist es trotzdem gelungen, realistisch optimistisch einen tragfähigen Haushaltsplan für 2023 zu erstellen.

Eine unsichere Planung, in einer schwierigen Zeit, in der wir zeitgleich mehrere Krisen zu bewältigen haben. Nicht nur Corona und der Ukraine-Krieg mit ihren tiefgreifenden Folgen treffen uns mit voller Wucht, sondern auch die schmerzhaften finanziellen Auswirkungen aus dem guten Haushaltsjahr 2021 müssen um zwei Jahre zeitversetzt bewältigt werden. Des Weiteren erfordern die Maßnahmen zur Vorbereitung der Landesgartenschau im Haushaltsjahr 2023 Ausgaben, die erst mit der Landesgartenschau refinanziert werden.

Ergebnishaushalt

Der Ergebnishaushalt weist für 2023 ordentliche Erträge von knapp 84 Mio. € und ordentliche Aufwendungen von knapp 86 Mio. € auf. Daraus resultiert ein Minus von ca. 2 Mio. €. Der Zahlungsmittelüberschuss beträgt lediglich knapp 10.000 €, was laut kommunalem Haushaltsrecht eigentlich nicht sein dürfte, da eine Mindestzuführung in den Finanzhaushalt in Höhe der Kredittilgung von ca. 1,5 Mio. € erforderlich wäre.

Mit diesem Dilemma ist die Stadt Wangen im kommenden Haushaltsjahr sicher nicht allein, tatsächlich sind viele Kommunen von einem echten Ausgleich des Ergebnishaushalts weit entfernt. Die Kommunalaufsicht musste schon für 2021 und 2022 pandemiebedingt, die Haushaltspläne vieler Kommunen mit Augenmaß beurteilen und wird dies wohl auch für 2023 wieder tun müssen.

Auf der Einnahmenseite orientiert sich die Kämmerei erstmals an den realen Rechnungsergebnissen des laufenden Jahres. Nachdem die Stadt über viele Jahre die Einnahmen sehr vorsichtig, um nicht zu sagen, zu vorsichtig plante, wurde für 2023 allen wirtschaftlichen Risiken zum Trotz, nachvollziehbar mit höheren Einnahmesätzen kalkuliert. Dieses Vorgehen ist, obwohl gewissermaßen aus der Not geboren, für uns Freien Wähler richtig, weil ehrlicher.

Im Haushaltsplan 2021 gingen wir noch von einem Minus im Ergebnishaushalt von 2 Mio. € aus. Für uns nicht ganz überraschend weist das vorläufige Ergebnis für 2021 nun aber ein Plus von ca. 5 Mio. € auf. Die Differenz von 7 Mio. € ergibt sich aus den Gewerbesteuererinnahmen von real 22,7 Mio. €, anstatt der angenommenen 15 Mio. €. Die sich aus dem Haushaltsjahr 2021 ergebende hohe Steuerkraftsumme erfordert nun in 2023 hohe Umlagen!

Auf der Ausgabenseite sprechen wir in 2023 von real 11,3 Mio. € Kreisumlage und 12,6 Mio. € Finanzausgleichsumlage an das Land. Diese Beträge konnten aus Rückstellungen i.H. v. 3,5 Mio. € auf die im Haushaltsplan 2023 festgelegten Ansätze reduziert werden. Den Transferaufwendungen von insgesamt ca. 28 Mio. €, d.h. Geld das wir an Land, Kreis, Verbände etc. abführen müssen, stehen Transferzuwendungen von lediglich ca. 23 Mio. € gegenüber.

Mit knapp 25 Mio. € machen die Personalkosten den bei weitem höchsten Anteil der sozusagen eigenen Aufwendungen aus, gegenüber 2021 sind die Personalkosten um ca. 10% angestiegen, was zum einen an den Tarifierhöhungen und zum anderen an Stellenmehrungen liegt.

Steuererhöhungen sind in 2023 nicht vorgesehen, die Bürgerinnen und Bürger sollen nicht zusätzlich zu den inflationsbedingten Kostensteigerungen belastet werden, dafür soll aber eine Neukalkulation von städtischen Gebühren erfolgen, diese sollen künftig kostendeckend sein. Wir Freien Wähler haben dies wiederholt eingefordert, so auch zuletzt in der Rede zum Haushaltsplan 2020.

Die Erhöhung der Abwassergebühren ist zwar nicht Teil des originären städtischen Etats, weil das Klärwerk in Pfulgberg als Eigenbetrieb firmiert, und war vor allem durch die um das Dreifache gestiegenen Stromkosten, unumgänglich. Mit 2,3 Mio. Kilowattstunden Strom pro Jahr ist das Klärwerk mit Abstand der größte Verbraucher der Stadt Wangen. Im Rahmen eines Ortstermins am 05.12.2022 in der Kläranlage Pfulgberg konnten wir Freien Wähler uns davon überzeugen, dass in den nächsten 10 Jahren notwendige Investitionen in Millionenhöhe rund um das Abwasser auf uns zukommen werden. Neben den aktuell besonders im Fokus stehenden Themen, wie Strom, Gas und Öl sind vielen Bürgerinnen und Bürgern die Kostensteigerungen beim Abwasser, die 1:1 auf die Verbraucher umgelegt werden müssen, nicht bewusst.

Als ein Fazit des Ortstermins am Klärwerk möchten wir aber auch, die seit vielen Jahren kompetente und kostensparende Arbeit des gesamten Klärwerkteams lobend erwähnen.

In vielen anderen Bereichen sind wir von einer auskömmlichen Gebührenfinanzierung noch weit entfernt. Den Einnahmen für den Bereich der vorschulischen Kinderbetreuung in Höhe von insgesamt ca. 6,5 Mio. €, davon etwa 1 Mio. € Elternbeiträge, stehen Gesamtausgaben von gut 12,5 Mio. € gegenüber, d.h. etwa ein Drittel der Gewerbesteuererinnahmen investieren wir in die laufenden Kosten der frühkindlichen Betreuung. Um hier jeglicher Falschinterpretation vorzubeugen, wir sehen diese Ausgaben durchaus als gerechtfertigt, allerdings ist die finanzielle Belastung des kommunalen Haushaltes hierdurch auch ausgereizt.

Frühkindliche Bildung und Betreuung bei steigenden Kinderzahlen und stetig steigende Standards sind kostenintensiv und angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels kaum mehr darstellbar, da wird der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz eher Wunschdenken als Realität. In anderen Kommunen konnten teilweise neu gebaute Kindergärten und Tagesstätten, wegen Fachkräftemangels erst gar nicht öffnen. Anspruch und Wirklichkeit klaffen hier deutlich auseinander.

Zum Thema Rechtsanspruch auf eine Ganztagesbetreuung an Grundschulen scheint auch auf Bundesebene noch nicht das letzte Wort gesprochen zu sein. Steffen Jäger, der Präsident und Hauptgeschäftsführer des Gemeindetags Baden-Württemberg, sagt dazu wörtlich: *„Es ist doch kein Ausdruck verantwortlicher Politik, neue Rechtsansprüche und staatliche Leistungen ins Gesetz zu schreiben und den Bürgern damit etwas zu versprechen, ohne dass zuvor die Frage beantwortet ist, ob diese Zusage überhaupt erreichbar, beziehungsweise leistbar ist.“*

Wenigstens hat das Land Baden-Württemberg mit den kommunalen Landesverbänden sich auf ein Maßnahmenpaket geeinigt, das Entlastungen für die Städte und Gemeinden vorsieht. Dies zum Beispiel in den Bereichen Kindergartenförderung, Stärkung der Kindertagespflege und Betreuung im Rahmen der Verlässlichen Grundschule. Diese werden sich positiv auf den Haushalt 2023 auswirken. Einem Hinweis im Haushaltsentwurf auf Seite 43 ist zu entnehmen, dass diese Entlastungen bisher noch nicht eingeplant sind.

Investiv sind allein für Kindergärten im kommenden Jahr Ausgaben in Höhe von gut 3 Mio. € geplant, davon ca. 2,5 Mio. € für den Kindergarten Auwiesen. Die Baumaßnahmen an der Realschule sollen 2023 abgeschlossen werden. Die Stadt hat hier nach Abzug aller Fördergelder, etwa 7 Mio. € investiert. Für Neubauten, Sanierungen und Ausstattung von Schulen und Kindergärten beläuft sich unser Eigenanteil in den letzten ca. 12 Jahren auf nahezu 50 Mio. €. Wir Freien Wähler halten dies, auch angesichts der großen finanziellen Anstrengungen im Zusammenhang mit den Stadtentwicklungsprojekten im Bereich des Erba-Areals, für eine bemerkenswerte Leistung.

Wir dürfen aber nicht vergessen, dass wir zuletzt wirtschaftlich ausgesprochen gute Jahre mit hohen Steuereinnahmen hinter uns haben. Insbesondere die mittelständischen Gewerbetreibenden haben mit ihren erzielten Gewinnen diese Investitionen zu einem wesentlichen Teil ermöglicht. Dafür gilt es dankbar zu sein.

Wohnen und Gewerbe

Die in den 1960er bis 1980er Jahren entstandenen Wohngebiete stehen an der Schwelle zur baulichen und demografischen Überalterung. Der Generationenwechsel führt hier vermehrt zu Leerständen, ein Ärgernis! Neubaugebiete mit Einfamilienhäusern dürfen auch künftig kein Tabu sein. Insofern Steuerung der Wohnformen durch Förderung ja, aber Zurückhaltung beim Ausschluss bestimmter Wohnformen. Wohnen ist ein entscheidender Faktor für Lebensqualität, darauf sollte jeder auch Anspruch haben.

Auch die Ausweisung von Gewerbegebieten muss weiter möglich sein. Dies sind wir unseren künftigen Generationen, im Hinblick auf Gewerbesteuer und Einkommensteueranteil zur soliden Finanzierung einer Kommune, schuldig. Die Entwicklung im Bereich des NTW-Geländes scheint uns etwas ins Stocken geraten zu sein. Wir Freien Wähler sind im Falle einer schnelleren Realisierung hier offen für den Erwerb von Gewerbeflächen durch die Stadt, um diese Grundstücke dann in eigener Zuständigkeit und Verantwortung zu entwickeln und weiter zu veräußern.

Die neuen Betriebsansiedlungen und -erweiterung im Erba-Areal werden sich für die Stadt in den kommenden Jahren auszahlen. Gewerbesteuer und Einkommenssteueranteile werden über die Jahre die hohen Ausgaben refinanzieren und Spielräume für neue Investitionen der Stadt schaffen.

Daneben hoffen wir weiterhin auf das interkommunale Gewerbegebiet Ikowa bei Waltershofen. Alternativen sind derzeit nicht in Sicht. Gerade in den Ortschaften gibt es kaum Möglichkeiten für Gewerbeansiedlungen. Der neue Regionalplan lässt uns für nennenswerte Entwicklungen so gut wie keine Spielräume mehr.

Mobilität

In den vergangenen Jahren haben wir unseren Bürgerinnen und Bürgern eine Vielzahl von Baustellen und damit Einschränkungen und Ärgernissen zugemutet. Mittlerweile entspannt sich die Lage merklich und es gibt deutliche Anzeichen einer nachhaltigen Verbesserung. Vor allem die Kreisverkehre haben zu einem gleichmäßigen Verkehrsfluss geführt und werden sehr gelobt. Im Bereich Waltersbühl wird 2023 aber erhebliche Einschränkungen bringen, auch wird abzuwarten sein, wie sich der Umleitungsverkehr, durch die Sperrung der Herfater Brücke, auf die Verkehre in der Stadt insgesamt auswirkt.

Das Ziel, alle geplanten Verbesserungen der Verkehrsführung durch Wangen – mit Ausnahme der B32-Bahnunterführung - bis zur Landesgartenschau zu erledigen, bleibt bestehen und scheint mittlerweile auch realistisch.

Die Neuordnung der Parkraumbewirtschaftung halten wir für im Wesentlichen gut gelungen, ebenso die neuen Stadtbuslinien. Grundsätzlich ist das Ziel einer Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs in der Stadt richtig, auch wenn eine in der Realität funktionierende und von der Bevölkerung gelebte Anbindung der Ortschaften an den ÖPNV noch große Anstrengungen erfordert. So gibt es für die Anbindung von Haslach an den ÖPNV nach wie vor keine Lösung. Die anderen Ortschaften sind vor allem in den Abendstunden und am Wochenende abgehängt, was insbesondere die jüngere Generation trifft. Gespannt sind wir auf das geplante Carsharing-Angebot und ob hiervon auch die Ortschaften profitieren werden.

Auch sehen wir dem Versuch einer autofreien Altstadt an mehreren Wochenenden mit Interesse entgegen. Unsere Altstadt ist ein Juwel und bietet schon jetzt, vor allem in der Fußgängerzone, viel Aufenthaltsqualität. Schön wäre es, wenn sowohl die Gastronomie als auch der Einzelhandel und die Bewohner der Altstadt hiervon profitieren würden. Im Vorfeld gilt es aber, sich genau zu überlegen, wie der Versuch objektiv evaluiert werden kann.

Investitionen

Die Stadt Wangen will 2023 ca. 27 Mio. € investieren. Der Großteil betrifft Projekte in Zusammenhang mit der Landesgartenschau. Im Übrigen handelt es sich vor allem um Pflichtaufgaben oder längst beschlossene Projekte wie bspw. dem Feuerwehrhaus Karssee /Leupolz. Zur Finanzierung soll wesentlich der Verkauf von Baugrundstücken beitragen. Hilfreich wäre auch der konsequente Verkauf von städtischen Immobilien.

Die Kosten des in der Öffentlichkeit kontrovers diskutierten Aussichtsturmes auf oder am Rande des Landesgartenschau Geländes, sind im Haushalt 2023 bereits eingestellt. Tatsächlich ist ein abschließender Gemeinderatsbeschluss zum Bau des Turmes aber noch nicht gefasst. Ob dieser innovative und einzigartige Turm die gewünschten Mehrbesucher während der Landesgartenschau bzw. den erhofften nachhaltigen Mehrwert für Wangen bringt, lässt sich nicht voraussagen. Nur eines ist gewiss, ohne diesen Turm werden es weniger Besucher sein und ohne den Turm jetzt wird es diese Attraktion in Wangen eben auf Dauer nicht geben. Eine große Stadtentwicklung sollte doch auch Chancen für innovative Bauprojekte bieten. Wir Freien Wähler sind mehrheitlich der Auffassung, dass der Turm das i-Tüpfelchen eines insgesamt riesigen Entwicklungsschritts für Wangen wäre und trotz der Kosten von insgesamt knapp 2 Mio. €, bei etwa 700.000 € städtischem Anteil, auch in der gerade jetzt schwierigen Finanzsituation realisiert werden sollte.

Dabei könnten wir uns neben einem Verkauf von einzelnen Treppenstufen auch ein großzügiges Sponsoring vorstellen, inklusive die Vermarktung der Namensrechte am Turm.

Schulden

Abschließend noch ein paar Sätze zur Entwicklung der städtischen Schulden. Nach der aktuellen Planung wird 2023 die vereinbarte Schuldenobergrenze von 25 Mio. € knapp überschritten. Letztlich ist für uns Freie Wähler nicht entscheidend, ob der Schuldenstand Ende 2023 bei 25 Mio. € oder 25,5 Mio. € liegen wird, entscheidend ist für uns die prognostizierte mittelfristige Entwicklung und diese ist positiv, d.h. bis 2026 wird mit einem sukzessiven Abbau des Schuldenstandes auf etwa 22 Mio. € gerechnet. Wir vertrauen darauf, dass sich die Investitionen der vergangenen Jahre bezahlt machen, auch wenn uns die hohen Abschreibungsbeträge von ca. 8 Mio. € pro Jahr im Ergebnishaushalt auf Dauer belasten werden.

Feuerwehr, Vereine, Ehrenamt

Nun noch einige Worte zu Themen, die nur z.T. mit dem Zahlenwerk des Haushaltsplanes zu tun haben.

Ohne unsere Blaulichtfamilie rund um die Freiwillige Feuerwehr, das Deutsche Rote Kreuz und das Technische Hilfswerk, um nur einige zu nennen, wären viele Hilfeleistungen, allen voran die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen nicht zu bewältigen. Spontane Hilfe, wie bei der Flutkatastrophe im Ahrtal oder die Überlassung eines Feuerwehrfahrzeuges für die Ukraine sind beispielgebend.

Bund und Land verlassen sich hier oft genug auf die freiwilligen Helfer vor Ort. Schon alleine deshalb, sollte die finanzielle Unterstützung durch den Bund selbstverständlich sein. Geplante Kürzungen beim Bevölkerungs- und Katastrophenschutz durch die Bundesregierung in 2023 stimmen uns nachdenklich. Unser herzlicher Dank gilt allen Helferinnen und Helfern. Besonders freuen wir uns über eine steigende Zahl an Freiwilligen, sodass wir in Wangen derzeit noch keinen Nachwuchsmangel bei den Rettungsdiensten zu verzeichnen haben. Eine heutzutage und bundesweit nicht selbstverständliche Situation.

Für unsere Vereine sind städtische Freiwilligkeitsleistungen ganz wichtige Bausteine und auch künftig nicht wegzudenken. Manch kleine oder große Veranstaltung in der Stadt oder den Ortschaften würde es ohne städtische Unterstützung nicht mehr geben. Wollen wir das wirklich?

Die Freien Wähler setzen sich mit Nachdruck für eine Stärkung des Ehrenamtes, sei es im kulturellen, sportlichen oder sozialen Bereich, ein. Vereine sind der „Kitt“ in unserer Gesellschaft und verdienen unseren großen Respekt und unsere Wertschätzung. Gerade in Richtung der Landesgartenschau erhält das Ehrenamt eine besondere Bedeutung. Knapp 400 Personen haben sich bislang zur freiwilligen Mitarbeit gemeldet, lt. OB Lang sind 1.000 das Ziel. Es ist eine einmalige Chance ehrenamtliches Engagement in der Stadt nachhaltig zu stärken, dazu benötigt es vor allem städtische Unterstützung wo diese erforderlich ist und Wertschätzung. Diese Chance sollten wir nicht verpassen.

Zum Schluss möchten wir Freien Wähler an alle Kolleginnen und Kollegen im Rat, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung aber auch an alle Bürgerinnen und Bürger von Wangen und den sechs Ortschaften appellieren, mit Optimismus und Geschlossenheit die Herausforderungen des neuen Jahres 2023 anzugehen. Hoffen wir, dass wenigstens im Laufe des Jahres der unselige Krieg in der Ukraine mit der täglichen Sorge und Angst der unmittelbar Betroffenen ums Überleben, beendet werden kann und die zu uns Geflüchteten in ihrem Heimatland wieder eine Perspektive erhalten.

Die Fraktion der Freien Wähler stimmt dem Haushaltsplan 2023 der Stadt Wangen zu. Bedanken möchten wir uns bei Ihnen Herr Oberbürgermeister Lang, bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, sowie bei allen Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat für das stets konstruktive Miteinander. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und meinen Fraktionskollegen für die Unterstützung.

Ursula Loss

Fraktionsvorsitzende

Freie Wähler Wangen im Allgäu e.V.